

**Carola Bluhm & Udo Wolf**

Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

11. März 2019

# Mehr R2G wagen

## Wo steht und wohin geht die rot-rot-grüne Koalition in Berlin?

### Neustart nach Stillstand: Investieren, verändern, beteiligen.

Wir sind als rot-rot-grüne Koalition 2017 mit dem Vorhaben angetreten, einen Neustart in der Berliner Politik zu vollziehen. Das bedeutete vor allem, nach jahrelangem Stillstand endlich wieder in die Strukturen Berlins, in den öffentlichen Dienst, in Schulen und Kitas, in den öffentlichen Nahverkehr, in den Wohnungsbau, in die Digitalisierung zu investieren und die Herausforderungen einer wachsenden Stadt anzunehmen.

Dabei war von Anfang an klar, dass es nicht reichen wird, das Wachstum der Stadt nur nachzuvollziehen und darauf zu reagieren. Um Berlin (wieder) zu einer lebenswerten Stadt für alle zu machen, muss ein sozialer und ökologischer Wandel vollzogen werden. Dass dieser nur gelingen wird, wenn wir uns auf die Rückgewinnung des Politischen fokussieren und diese Stadt nicht in erster Linie der Logik des Marktes überlassen, davon sind wir überzeugt.

Die wesentliche Voraussetzung hierfür ist der Aufbau eines starken öffentlichen Sektors. Indem wir die Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung Berlins zurück in den politischen Raum holen, eröffnen wir zugleich die Möglichkeit, sie zusammen mit den Berliner\*innen zu diskutieren und zu gestalten.

Im Koalitionsvertrag ist eine klare R2G-Agenda verabredet. Ein riesiger, über die Legislaturperiode hinausweisender politischer Handlungsbedarf ist identifiziert und Maßnahmen und Ziele sind klar benannt, in einer Detailliertheit und Konkretion, die für Koalitionsverträge eher ungewöhnlich ist. Trotz anhaltend günstiger finanzieller Rahmenbedingungen zeigte sich in der Praxis allerdings, dass manches noch wesentlich schwieriger, vielschichtiger und komplexer ist als gedacht.

So war uns beispielsweise klar, dass der Personalmangel im öffentlichen Dienst ein zentrales Problem sein würde, dass das Umsteuern, das Finden und Einstellen neuer Fachkräfte aber so schwierig würde, nicht. Die über Jahrzehnte des Sparens entwickelte Verwaltungskultur hat das angestrebte schnelle Umsetzen des neuen und in vielen Bereichen ungewohnten R2G-Programms nicht gerade befördert. Insofern lässt sich wohl

festhalten, dass wir selbst diejenigen sind, die mit dem Umsetzungstempo einiger Maßnahmen am unzufriedensten sind.

Dennoch können wir zur Halbzeit mit gutem Gewissen behaupten, dass R2G bereits eine Reihe wegweisender Dinge geschafft hat, die vermutlich überhaupt auch nur in dieser Konstellation möglich sind. Wir haben in den vergangenen 2,5 Jahren eine solide Grundlage für eine Politik geschaffen, die ein solidarisches, ökologisches und weltoffenes Berlin ermöglicht.

Der Personalabbau im Öffentlichen Dienst wurde gestoppt und – wenn auch leider verspätet – ein lange überfälliges Personalentwicklungskonzept erarbeitet. Dieses zeigt bereits Wirkung: Berlin stellt wieder ein und bildet mehr aus. Die Gehälter steigen, und die Lücke gegenüber dem Niveau in anderen Bundesländern verringert sich. Grundschullehrer\*innen wurden ihren Kolleg\*innen in den Oberstufen gleichgestellt, die Ausrüstung von Feuerwehr und Polizei verbessert. Bürgerämter sind keine Wartehallen mehr, immer häufiger findet man dort wieder täglich freie Termine. Ein Arbeitsprozess zur Verwaltungsmodernisierung wurde zusammen mit den Bezirken – und nicht wie in der Vergangenheit gegen sie – begonnen.

Für das „Jahrzehnt der Investitionen“ haben wir die landeseigenen Unternehmen gestärkt, Rücklagen gebildet und neue Strukturen geschaffen. Es stehen so viele finanzielle Mittel für Investitionen in Krankenhäuser, Wissenschaftseinrichtungen, Bibliotheken, Theater, Schwimmbäder und vieles andere mehr bereit wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung, und trotz mancher Widrigkeiten und Rückschläge ist der Abbau des Investitionsstaus an den vielen Baustellen in Berlin zu erkennen.

Zusammen mit den Bezirken, selbst mit den CDU-geführten, ist die Schulbauoffensive auf den Weg gebracht, die jetzt in die konkrete Umsetzung geht.

Soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung sind nicht nur Markenkern der Linken, sie gehören auch zur R2G-Agenda. Ob kostenfreies Schulessen, die Abschaffung von Kita- und Hortgebühren, die Einführung des kostenfreien Schülertickets in zwei Stufen: Das alles entlastet Familien und wirkt damit auch gegen Kinderarmut.

Auch wenn endlich bei SPD und Grünen die Erkenntnis wächst, dass Hartz IV überwunden werden muss: Die damit verbundenen Bundesgesetze sind noch in Kraft. Deshalb haben wir in Berlin dafür gesorgt, dass für etwa 100 000 Menschen, die ALG II oder Leistungen der Grundsicherung bekommen, die Wohnkosten erhöht wurden und sie ihre Mieten nicht mehr zulasten des Kühlschranks finanzieren müssen. Geflüchtete wohnen in Berlin nicht mehr in Turnhallen oder Notunterkünften. Die Kältehilfeplätze wurden auf 1200 Plätze erhöht, der Zeitraum, in dem Kältehilfeplätze zur Verfügung stehen, ist verlängert.

Doch der Politikwechsel unter R2G zeigt sich in diesem Bereich auch durch eine grundsätzlich andere Herangehensweise. Statt Obdachlose möglichst aus unserem Blickfeld abzuschieben, stellen wir uns dieser Herausforderung und versuchen, gemeinsam

mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Hilfs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln, die das Selbstbestimmungsrecht auch dieser Menschen anerkennen. Mit den „Strategiekonferenzen gegen Obdachlosigkeit“ streben wir sowohl ein ressortübergreifendes Zusammenwirken als auch eine Vernetzung der Arbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen an. Dieser Ansatz ist bundesweit außergewöhnlich und wird besonders von den Wohlfahrtsverbänden anerkannt und unterstützt.

Wir haben ein bundesweit einmaliges Mobilitätsgesetz beschlossen, das ÖPNV, Rad- und Fußverkehr Vorrang gegenüber dem Auto einräumt und für Gerechtigkeit im Straßenverkehr sorgt. Mit dem nun auch verabschiedeten Nahverkehrsplan liegt eine mittelfristige Strategie vor, wie Berlin die Verkehrswende schaffen kann.

Wir haben die Mieterhöhungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf zwei Prozent pro Jahr gedeckelt und im sozialen Wohnungsbau ganz ausgesetzt. Wir verhindern so Verdrängung und zeigen, dass die sich rasant nach oben schraubende Mietpreisspirale keineswegs alternativlos ist. Die landeseigenen Wohnbaugesellschaften fahren ihre Bautätigkeit kontinuierlich hoch, auch die Zahl neu gebauter Sozialwohnungen steigt an. Das ist natürlich noch nicht genug, aber die Richtung stimmt.

Wir üben das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten aus und drängen schärfer auf die Einhaltung der dort geltenden Vorhaben. Wir kaufen Bestandswohnungen an, um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu sichern und finden, wenn notwendig, auch kreative Lösungen, um Mieter\*innen zu schützen. Zu unserer Strategie der sozialen Stadtentwicklung gehören ebenso wichtige An- und Rückkäufe zur Sicherung von Kultur, Gewerbe und sozialer Infrastruktur. Hierfür entwickeln wir eine neue Boden- und Liegenschaftspolitik.

Das ist ein kleiner Ausschnitt des bereits Erreichten. Wir haben vieles auf den Weg gebracht, was im täglichen Kleinklein manchmal vergessen scheint, was aber die Stadt langfristig in eine sozialere und solidarischere wandeln kann.

### **Besser als der Ruf. Unterhalb des Möglichen.**

Will man es auf eine Formel bringen, dann ist R2G in Berlin deutlich besser und erfolgreicher als sein Ruf.

Aber, so ehrlich sollten wir uns selbst und der Stadt gegenüber sein: Wir bleiben auch, gemessen an unseren eigenen Ansprüchen und angesichts der vorhandenen Rahmenbedingungen, unter unseren Möglichkeiten. Vieles davon hat damit zu tun, dass R2G dem selbst postulierten Anspruch, „besser zu regieren“, im Alltag häufig nicht gerecht wird. Immer wieder wird das Handeln der einzelnen Akteure mehr vom Blick auf die eigenen Umfragewerte als auf die gemeinsam verabredeten Ziele dominiert. Versuche, sich

auf Kosten der Partner zu profilieren, nutzen aber weniger als sie dem gemeinsamen Ansehen als Koalition schaden. Sie fressen Zeit, verursachen Reibungsverluste und erzeugen schlechte Laune, die sich nicht nur in den Gesichtern niederschlägt, sondern auch auf die Öffentlichkeit ausstrahlt. Nervig sind auch die „Windhundrennen“, möglichst schneller als die anderen Erfolge für sich zu reklamieren und zu glauben, auf diesem Wege Punktsiege und Geländegewinne einzufahren. Wir nehmen uns hiervon als LINKE nicht aus und mahnen dennoch umso dringender an, die Verabredungen über die gemeinsame Zusammenarbeit wieder besser einzuhalten. Nicht aus Sorge, in diesem Wettbewerb nicht zu bestehen (dass wir hier im Zweifel mithalten können, haben wir hinlänglich bewiesen), sondern im Interesse der gemeinsamen Sache.

Schwerwiegender als derlei Eifersüchteleien wiegen allerdings die immer wiederkehrenden Versuche, die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen infrage zu stellen. Denn das sorgt nicht nur innerhalb der Koalition für Verdruss, es hinterlässt auch bei den Anhänger\*innen von R2G Zweifel an der Verlässlichkeit der Koalition. Gleiches gilt für Rückfälle in eine Ankündigungspolitik, ohne dass die dafür notwendigen Voraussetzungen ausreichend geprüft und durchgerechnet wurden. Es bleibt dabei: Koalitionsverträge lassen sich während einer Legislaturperiode nur einvernehmlich ändern.

Dabei kann sich R2G mit seiner Agenda von Anfang an auf eine Mehrheit der Berliner\*innen stützen. Das beweisen nicht nur die seit 2017 stabilen Mehrheiten für die Koalition in den Umfragen. Es zeigt sich vielmehr auch in den Umfragemehrheiten für zentrale Vorhaben wie das Mobilitätsgesetz oder die Rekommunalisierung von Wohnraum. Ebenso in der anhaltend hohen Bereitschaft, geflüchtete Menschen aufzunehmen und ihnen lebenswürdige Bedingungen zu bieten. Aber auch hinsichtlich der Verteidigung von Grünflächen und Freiräumen insbesondere gegen eine Inanspruchnahme durch private Investoren stärkt eine Mehrheit in der Stadt der Koalition den Rücken. Der rechtskonservativen Opposition trauen sie nicht nur wenig zu, sie lehnen auch die von dieser Seite präferierte Richtung der Politik ab. Dass R2G über längere Zeit in den Umfragen einen stabilen Vorsprung von knapp 20 % auf die Opposition aus CDU, AfD und FDP hat, ist ein beredtes Beispiel dafür.

Die nicht zu bestreitende Unzufriedenheit mit der Koalition richtet sich also weniger gegen die politische Ausrichtung von R2G, sondern vielmehr gegen deren zögerliche und nicht selten widersprüchliche Umsetzung.

### **Mehr R2G wagen.**

Während sich bundesweit die politische Hegemonie eher nach rechts verschoben hat, ist in den großen Städten des Landes eine gegensätzliche Entwicklung zu beobachten. Es mag paradox erscheinen, aber je konservativer sich die Politik im Bund entwickelt, desto größer scheint das Bedürfnis in den urbanen, weltoffenen Milieus, dieser Entwicklung Alternativen

entgegen zu setzen. Die eindrucksvollen Demonstrationen des #unteilbar-Bündnisses sind ebenso wie diejenigen gegen die AfD hierfür deutliche Signale.

Die Koalition aus SPD, der LINKEN und Bündnis 90/Die Grünen ist die gegenwärtige Vertretung dieser klaren Mehrheit in der Stadtgesellschaft. Es gibt die Erwartung an alle drei Parteien, dass sie für einen besseren sozialen Ausgleich in der Gesellschaft sorgen, dass sie mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung wagen, dass sie für Klimaschutz und einen ökologischen Wandel streiten, die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen, sich für eine solidarische Flüchtlingspolitik und eine offene Gesellschaft einsetzen. Die Erwartung ist, dass wir dem rechten Zeitgeist, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Ausgrenzung konsequent entgegenreten.

Und diese Mehrheit der Stadtgesellschaft will, dass wir das als Koalition gemeinsam tun. Die Frage, wer was gegen wen innerhalb der Koalition durchgesetzt hat, mag für manche in der eigenen Partei und einige in den Medien von Interesse sein; darüber hinaus kommt davon nur wenig an, und wenn doch, dann verursacht es eher Kopfschütteln.

Wir sind gut beraten, den Anspruch, besser zu regieren, nicht ad acta zu legen, sondern uns zurückzubedenken auf die gemeinsame R2G-Agenda im Koalitionsvertrag und diesem Anspruch auch gerecht zu werden.

## **Renaissance der öffentlichen Daseinsvorsorge.**

Wir sind als DIE LINKE 2016 mit der Frage „Wem gehört die Stadt?“ in den Wahlkampf gezogen. Heute betreibt der Tagesspiegel ein Rechercheprojekt und Veranstaltungen unter diesem Titel und verzeichnet ein ungeahntes Interesse. Das zeigt, dass das Gefühl, dass die Berliner\*innen nicht mehr über die Geschicke ihrer Stadt entscheiden, weit über linke Szene-Milieus hinaus verbreitet ist. Es ist unsere Aufgabe als R2G, das zusammen mit den Berliner\*innen zu ändern.

Dem Berliner Gemeinwesen wurde durch die extreme Haushaltsnotlage in der Vergangenheit und die dadurch erzwungene schmerzhaft, aber notwendige Konsolidierungsphase schwer zugesetzt. Öffentliche Strukturen des Landes wurden zurückgefahren, wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Markt und Privaten überantwortet. Die Folgen dieser Politik für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft sind heute unübersehbar.

Heute ändert sich die Haltung gegenüber der öffentlichen Daseinsvorsorge wieder grundlegend. Die Stimmen, die Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück in die öffentliche Hand zu holen, werden immer lauter. Weder sorgt der Markt für soziale Gerechtigkeit noch sichert er die Strukturen einer sozialen Daseinsvorsorge. Deshalb gibt es in Berlin, aber auch in vielen anderen Städten, seit geraumer Zeit vielfältige Initiativen, die sich für den Rückerwerb wichtiger Strukturen der sozialen Daseinsvorsorge einsetzen.

Bekannt in Berlin ist der erfolgreiche Kampf um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, der gezeigt hat, wie durch den Druck aus der Bevölkerung Dinge, die vielen zunächst unabänderlich schienen, doch in Bewegung gerieten. Ebenso hat die Kampagne für einen Volksentscheid über den Rückkauf der Berliner Energienetze seinerzeit die Grundlage dafür geschaffen, dass es nunmehr zurückkehrt in die öffentliche Hand Berlins.

Wenn sich heute große Teile der Stadt dafür aussprechen, große Immobilienunternehmen notfalls auch zu enteignen, respektive zu vergesellschaften, dann ist das eine Ansage, einen außer Rand und Band geratenen Markt auch mit radikalen Maßnahmen zu regulieren und auf Gemeinwohlinteressen zu verpflichten.

## **Soziale Wohnraumversorgung ist das zentrale Thema der kommenden Jahre.**

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine solidarische und soziale Stadt nur auf Grundlage einer politisch gesteuerten öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert werden kann. Nirgends ist das so deutlich wie bei der sozialen Wohnraumversorgung. Logisch, dass sich hier in den vergangenen Jahren auch die stärksten Protestbewegungen organisiert haben. Das gilt keineswegs nur für Berlin, sondern deutschland- und europaweit. Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist dramatisch. Für immer mehr Menschen ist spürbar, dass sich der Markt nicht um Grundrechte und soziale Verantwortung schert.

Die Erwartungen an R2G, dieser Entwicklung wirkungsvoll entgegen zu treten, sind dementsprechend groß. Schon längst sorgen sich auch Menschen mit durchschnittlichen Einkommen, wie lange sie ihre Mieten noch bezahlen können und was passiert, wenn sie umziehen müssen.

Anders als momentan gern behauptet, ist weniger der Mangel an Wohnungen an sich, als vielmehr der Mangel an bezahlbaren Wohnungen das Problem.

Deshalb haben wir im Berliner Modell der „kooperativen Baulandentwicklung“ den Anteil der zu errichtenden Sozialwohnungen erhöht. Deshalb steigt die Zahl der geförderten Sozialwohnungen innerhalb der Legislaturperiode von 3000 Sozialwohnungen im Jahr 2017 um jährlich 500 Wohneinheiten und so bis zum Jahr 2021 auf 5000 Wohnungen jährlich. Der allergrößte Teil davon wird von den landeseigenen Wohnungsunternehmen errichtet. Ab 2021 gilt es, dieses Niveau mindestens zu halten, besser aber es weiter zu steigern. Und dennoch war von Anfang an klar, dass wir durch neu geförderte Wohnungen nicht die Zahl der Sozialwohnungen, die in der gleichen Zeit aus der Sozialbindung herausfallen, kompensieren werden.

Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, preiswerten Wohnraum im Bestand dauerhaft zu sichern und hier die Dynamik der Mietsteigerungen zu bremsen. Auf bundespolitische

Unterstützung können wir hier nicht warten. Deshalb ist die aktuelle Debatte darüber, ob und was das Land Berlin eigenständig initiieren kann, nur folgerichtig.

Stichwort: Mietendeckel. Da dies eine durchaus komplizierte juristische Frage ist, haben wir die Einsetzung eines Expert\*innengremiums mit Jurist\*innen aus der Koalition und externem Sachverstand vorgeschlagen. Dieses Gremium soll prüfen, welche Chancen es gibt, einen Mietendeckel auf Landesebene einzuführen. Ergibt die Prüfung, dass eine solche Regelung vor Verfassungsgerichten Bestand haben könnte, wird R2G so schnell wie möglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Denn eins ist natürlich klar: Ebenso wie bei Enteignung, Vergesellschaftung und anderen schwerwiegenden Eingriffen in die Verwertungsinteressen privater Eigentümer und Gesellschaften, wird auch ein Mietendeckel juristisch angegriffen werden.

Eine wirksame Methode, die uns zur Sicherung günstiger Mieten außerhalb der landeseigenen Bestände zur Verfügung steht, ist die (Re)Kommunalisierung von Wohnungen. Wir schützen dadurch nicht nur die Menschen, die jetzt in diesen leben. Wir sorgen vor allem dafür, dass diese Wohnungen dauerhaft, also auch noch künftigen Mieter\*innen, zu bezahlbaren Konditionen zur Verfügung stehen. Das dämpft zugleich den Anstieg der ortsüblichen Vergleichsmiete in den umliegenden Gebieten.

Wir verbinden mit der Kommunalisierung, insbesondere mit der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts, auch ein politisches Signal: Berlin ist bereit, sich gegen die Spekulation mit Wohnraum zu wehren. Wir schauen nicht mehr einfach tatenlos zu, sondern nutzen unsere Möglichkeiten, einzugreifen. Wer sich hier um die Sozialpflichtigkeit seines Eigentums nicht schert und nur darauf aus ist, mit Wohnraum maximalen Profit zu machen, dem werden die Bürger\*innen und die Politik in Berlin gemeinsam entgegentreten.

Auch deshalb halten wir es für richtig und angebracht, alle uns durch die Verfassung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auch ernsthaft in Erwägung zu ziehen und nicht von vornherein auszuschließen. Das schließt die Möglichkeit ein, große Wohnungsunternehmen auf gesetzlicher Grundlage zu vergesellschaften. Uns ist selbstverständlich bewusst, dass hier juristisches Neuland betreten wird und viele Fragen noch zu klären sind. Deshalb wird sich die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus aktiv in die Debatte über den Entwurf eines solchen Gesetzes einbringen.

## **Der Boden ist die Basis.**

Die von uns angestrebte (Re)Kommunalisierung beschränkt sich aber nicht nur auf Wohnraum. Mindestens ebenso dringlich ist sie im Hinblick auf Boden und Liegenschaften. Auch hier gilt das oben Gesagte über die Gesetzmäßigkeiten einer durch den Markt gesteuerten Politik. Grund und Boden in öffentlicher Hand bildet in vielerlei Hinsicht die Basis für die Gestaltungsmöglichkeiten einer sozialen Stadtentwicklung. Das betrifft nicht nur Flächen für den Wohnungsbau, sondern ebenso Grünflächen, Gewerbeflächen, Flächen

für soziale Infrastruktur von Schulen bis zu Schwimmbädern, Krankenhäusern oder Kulturstandorten. Angesichts der natürlichen Begrenztheit der Ressource Boden erlangt diese, insbesondere unter den Bedingungen einer wachsenden Stadt, strategische Bedeutung.

Deshalb ist es auch kein Zufall, dass hierum in der Stadt derzeit massive Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen den Protagonist\*innen der öffentlichen Hand und privaten Investoren stattfinden. Sei es das Ringen um die Bima-Grundstücke, die Ausgestaltung von Bebauungsplänen, die ständig neu angefachte Debatte darüber, Kleingartenflächen zu bebauen oder auch die um den Standort eines neuen Hertha-Stadions: Der Kampf um Grund und Boden wird auf vielen Ebenen und mit harten Bandagen geführt. Letztlich dreht sich auch das „Bauen, bauen, bauen“-Mantra der Immobilienlobby um nicht mehr und nicht weniger als darum, ob ihr weiterhin Flächen zur Verfügung stehen, die sie mit möglichst hohem Gewinn verwerten kann.

Als LINKE positionieren wir uns in dieser Auseinandersetzung dabei ganz klar auf der Seite der öffentlichen Hand. Wir treten ein für eine soziale Bodenpolitik, die bei der Nutzung eines Grundstücks das Gemeinwohlinteresse über das der finanziellen Verwertung stellt. Es ist unser Ziel, durch massive Flächenankäufe die Bodenbestände des Landes zu erhöhen und zugleich langfristig gegen Veräußerungen zu sichern. Nicht zuletzt entscheidet sich an der Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand über ausreichend Flächen auch die Zukunft des Neubaus von preiswertem Wohnraum. R2G muss alle planungsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um bei der Verwertung von privaten Grundstücken ein möglichst hohes Maß an gemeinwohlorientierten Interessen durchzusetzen.

### **Bürger\*innen beteiligen.**

Dabei verkennen wir nicht, dass es bei den Entscheidungen über die Nutzung von Grund und Boden auch zu Konflikten kommt. Denn, wie beschrieben, brauchen wir Flächen für viele unterschiedliche Funktionen. Wenn wir Wohnungsbau nicht gegen Flüchtlingsunterkünfte, Künstlerateliers, Kleingärten, Parks, Räume für soziale Einrichtungen, Kitas etc. ausspielen wollen, brauchen wir neben klugen Ideen zu einer effektiveren, integrativen Nutzung vor allem die Debatte mit und die Beteiligung der Bürger\*innen an den Entscheidungen. Denn „Wem gehört die Stadt?“ stellt nicht nur die Frage nach den Besitzverhältnissen, sondern auch danach, wer bei der Verwendung öffentlicher Flächen die Entscheidungen trifft.

Es gehört zu den Verabredungen des Koalitionsvertrages, die Berliner\*innen in die Entscheidungsfindungen einzubeziehen. Auch wenn immer wieder behauptet wird, dass sich Berlin damit einhergehende Verzögerungen und auch manche Veränderung ursprünglicher Pläne nicht leisten könne. Aber ein Großteil dieser Verzögerungen geht



eben auch darauf zurück, dass wir Planungen nochmal auf den Prüfstand gestellt haben, die zuvor über die Köpfe der Bürger\*innen hinweg getroffen wurden.

Das „Haus der Statistik“ ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, was frühzeitige Bürgerbeteiligung zu leisten vermag, und vermittelt zugleich einen Eindruck davon, wie wir uns diese Beteiligung für die Zukunft vorstellen. Hier ist es gelungen, einen Ausgleich der verschiedenen öffentlichen Interessen herbeizuführen, der die Umsetzung des Projekts in keiner Weise verzögert. An diesen Maßstäben wollen wir uns orientieren und erwarten, dass die aktuelle Debatte über neue Leitlinien der Bürgerbeteiligung diesen auch gerecht wird.

## **Gemeinsam über 2021 hinaus.**

Schon bei Verabschiedung des Koalitionsvertrages war klar und ist auch öffentlich vertreten und interpretiert worden, dass die Vorhaben von R2G, Berlin solidarisch, weltoffen und nachhaltig zu gestalten, von so großem Umfang und so großer Tragweite sind, dass es eher ein Programm für mindestens zehn denn für fünf Jahre ist.

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Bei allen Differenzen in Detailfragen und auch bei zwei oder drei etwas härteren Konflikten haben wir als R2G genug gemeinsame Ziele und Schnittmengen, die es uns ermöglichen, auch über das Jahr 2021 hinaus gemeinsam weiter zu regieren. Nicht nur in der Verkehrs-, Wohnungs-, Bildungs-, Antidiskriminierungs- oder Kulturpolitik ist im jetzigen Koalitionsvertrag schon vieles für die kommende Legislaturperiode vorgezeichnet. Es geht um mehr. In fast allen Politikbereichen tobt eine gesellschaftliche Lagerauseinandersetzung, ein Kulturkampf zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts. Die gesellschaftliche Rechte versucht, Modernisierungsskeptiker und Modernisierungsverlierer mit rückwärtsgewandter Borniertheit, rassistischen Ressentiments, Homophobie, Sexismus und einer Heile-Welt-Vorstellung der Adenauer-Ära zu mobilisieren. Das Mitte-Links-Spektrum braucht ein Angebot positiver Gesellschaftsvorstellung der sozialen Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie und ökologischen Nachhaltigkeit, damit es nicht nur in Berlin parlamentarisch und gesellschaftlich mehrheitsfähig wird.

Deshalb war für uns R2G in Berlin als Dreierkonstellation mehr als ein notwendiges Übel. Die inhaltlichen Gemeinsamkeiten gaben Hoffnung darauf, aus dem Berliner R2G-Projekt etwas zu machen, was positive Ausstrahlung über die Stadt hinaus hat. Und zwar für dieses Mitte-Links-Spektrum, das sich für eine alternative, solidarische Gesellschaftsentwicklung mobilisieren ließe.

R2G sollte das Gemeinsame der R2G-Agenda betonen. Die rechte Opposition bemüht immer wieder den Vorwurf der Klientelpolitik. Die verschiedenen Gruppen, die SPD, Linke und Grüne, Initiativen, Gewerkschaften, Vereine zusammen- und in Diskussions- und

Aushandlungsprozesse bringen, bilden stadtgemeinschaftlich eine Mehrheit und bieten ein sehr großes Potential. Damit lässt sich gemeinsam arbeiten.

Für die zweite Hälfte der Legislaturperiode bedeutet das, dass wir natürlich als Erstes weiter an der Umsetzung der nun endlich beginnenden Projekte arbeiten: an der Sanierung und dem Neubau von Schulen, an vermehrtem sozialen Wohnungsbau, an der Stärkung und Ausweitung des ÖPNV, dem Personalentwicklungskonzept und vielem anderen mehr. Das bleibt für sich genommen bereits eine riesige Herausforderung.

Darüber hinaus regen wir an, gemeinsam als R2G und zusammen mit Akteur\*innen der Zivilgesellschaft die Debatte über die Fortführung des sozial-ökologischen Umbaus der Stadt zu intensivieren und weitergehende Projekte zu entwickeln. Wir haben ja bereits Formate wie beispielsweise den Runden Tisch der Koalitionsfraktionen zur Zukunft der Kleingärten. Oder auch die vielfältigen Fachgespräche, die wir als Fraktionen organisieren, ob nun zu Bibliotheken, zur Parität, zum Radverkehr. Und wir haben auch schon Themen wie beispielsweise die Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung im ÖPNV (oder Öffi-Flatrate, wie wir sagen), die einer solchen gemeinsamen Debatte bedürfen. Der sozial-ökologische Umbau der Stadt, das ist in den vergangenen 2 Jahren überdeutlich geworden, muss sich mit der Frage des „Öffentlichen“ befassen. Welche Bereiche der Daseinsvorsorge müssen oder sollten besser im öffentlichen Eigentum oder unter öffentlicher Kontrolle sein? Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Marktes sind weitgehend blind oder unempfindlich gegenüber sozialen und ökologischen Gemeinwohlinteressen. Was ist die Aufgabe des Staates, was sind die Aufgaben gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Organisationen? Was muss nach Jahren der Deregulierung wieder mehr reguliert werden? Aber auch: Wo müssen wir die Bürger\*innen vor ungerechtfertigten Eingriffen des Staates schützen? Diese Fragestellung ist vor allem aus bürgerrechtlicher Sicht unbedingt zu stellen.

Wir schlagen vor, dass R2G hierzu einen Sozialstaatsdialog initiiert. Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, Künstler\*innen, Bürgerrechtler\*innen, Wissenschaftler\*innen und alle Interessierten sollen ihre Ideen für das soziale, solidarische und ökologische Berlin einbringen.

Ein solcher gemeinsamer Debattenprozess könnte zugleich die Grundlage dafür bilden, dass wir gemeinsam unserem Anspruch, anders und besser zu regieren, nachhaltig und weit über die gegenwärtige Wahlperiode hinaus gerecht werden.